

Hiroshima und Nagasaki mahnen: Abrüsten statt aufrüsten

Viele IPPNW-Gruppen beteiligten sich an lokalen Gedenkveranstaltungen und Aktionen

Im August haben IPPNW-Mitglieder vielerorts an die Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki erinnert. Im Vorfeld der Jahrestage hatte die IPPNW die Bundesregierung aufgerufen, „ihre postulierten Ziele für nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung“ ernstzunehmen. Deutschland müsse dazu beitragen, den Stillstand in der nuklearen Abrüstung zu überwinden. „Die Atomwaffenstaaten dürfen nicht weiter an der nuklearen Abschreckung festhalten und atomar aufrüsten“, so die Forderung anlässlich der Konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag, die Anfang August in New York begonnen hatte.

Aachen

Das Bündnis „Keine Atomwaffen rund um Aachen“ machte auf die anhaltende Gefahr eines Atomkriegs aufmerksam: Eingeladen wurde zu einer Radtour mit anschließender Kundgebung, Musik und einer Performance. Wilfried Duisberg von der Aachener IPPNW hat am Uni-Hauptgebäude an das Manhattan-Projekt und die fatale wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung der Atombombe erinnert. Vielen Besucher*innen im Stadtzentrum nahmen die Veranstaltung mit Interesse wahr.

Berlin

Bei einem Benefizkonzert zugunsten der IPPNW gedachten die Teilnehmer*innen am 5. August 2022 in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche den Opfern der Atombombenabwürfe auf Hiroshima. Das Berliner Orbis Quartett spielte Stücke von Felix Mendelssohn Bartholdy und Johannes Brahms. IPPNW-Arzt Till Bastian wies in seiner Rede auf den UN-Atomwaffenverbotsvertrag hin, den mittlerweile 83 Staaten unterzeichnet haben, nicht aber die NATO-Staaten und ihre Alliierten – darunter die Bundesregierung. Der einzige dauerhaft wirksame Schutz vor dem Einsatz von Atomwaffen sei deren vollständige Abschaffung. Der Konzerterlös erbrachte über 1.400 Euro.

Bremen

Dr. Lars Pohlmeier thematisierte bei seiner Rede in Bremen den „Spagat“ der Bundesregierung, nukleare Aufrüstung auf deutschem Boden zuzulassen: „Schauen wir ehrlich in den Spiegel: Diese Strategie in der so selbstgerechten NATO ist eine unzulässige Bagatellisierung einer Politik, die klar gegen den Geist völkerrechtlicher Vereinbarungen verstößt und juristisch nur mit Taschenspielertricks gerechtfertigt werden kann.“

Büchel

Auf einer Kundgebung am Fliegerhorst Büchel forderte Dr. Angelika Claußen den Abzug der dort stationierten US-Atomwaffen: „Atomwaffen in Büchel machen uns zum Ziel für russische An-

griffe. Auch modernisierte amerikanische Atomwaffen können uns nicht schützen. Niemand kann in einem Atomkrieg geschützt werden. Deshalb sprechen wir uns auch gegen den Kauf der neuen F-35-Atombomber aus.“

Dortmund

Über 100 Menschen versammelten sich am 6. August auf dem Platz von Hiroshima in Dortmund, um an die Opfer und die schmerzlichen Folgen der Atombombenabwürfe zu erinnern. Mehrere Redner*innen zeigten ihr anhaltendes Mitgefühl für die Opfer, äußerten ihre Sorge über die aktuell wachsende Gefahr eines Atomkriegs und forderten konkrete Schritte für eine Welt ohne Atomwaffen. Nach einem Umzug fand die Abschlusskundgebung beim Gingko-Baum am Stadtgarten statt.

Dresden

In Dresden eröffnete Attac Dresden die Ausstellung Hiroshima-Nagasaki der IPPNW, die dort vier Wochen lang zu sehen war. Die Gruppe wollte auf diese Weise über die aktuelle Bedrohung durch Atomwaffen informieren.

Gronau

Für den 7. August hatten die Anti-Atomkraft-Initiativen zu einer Fahrrad-Demo und Kundgebung an der Urananreicherungsanlage Gronau aufgerufen. An der UAA sprachen u.a. Dr. Brigitte Hornstein und Vladimir Slivjak.

Hamburg

Auf der Demonstration in Hamburg wies Inga Blum auf das zunehmende Risiko eines Atomkrieges auch durch den technischen Fortschritt hin: Die Gefahr wachse „durch das Verschwimmen der Grenze zwischen konventioneller und nuklearer Kriegsführung und durch den vermehrten Einsatz von künstlicher Intelligenz.“ Sie mahnte an, „nukleare Abschreckung – das ist nichts anderes als die Drohung mit der unterschiedslosen Tötung von Millionen von Menschen.“

Herford

Auch auf dem alten Markt Herford hat sich am Hiroshimatag ein Bündnis lokaler Initiativen versammelt. Dr. Maria Hettenkofer informierte über die Atombomben, die im Rahmen der sogenannten „nuklearen Teilhabe“ in Büchel gelagert und von Bundeswehr-Piloten transportiert werden. „Wir Ärztinnen und Ärzte wissen: Wir werden euch nicht helfen können. Die einzige wirksame Hilfe ist die Verhinderung eines Atomkrieges.“ Mit einem Die-In unterstrichen die Teilnehmer*innen ihre Forderungen „Atomwaffen abschaffen – Atomwaffenverbotsvertrag unterschreiben.“



DORTMUND



VIERSEN



STUTTART



HERFORD

Foto: DFG-VK Ostwestfalen-Lippe, Oberschachtsiek

München

Bei der Kundgebung in München wies Dr. Ingrid Pfanzelt auf die nukleare Gefahr hin, die im Ukrainekrieg droht: „Erstmals in der Geschichte wird in einem Land mit laufenden Atomkraftwerken Krieg geführt. Bei einer bewusst oder aus Versehen hervorgerufenen Beschädigung der nuklearen Anlagen wäre ganz Europa betroffen.“

Neumünster

In Neumünster protestierten IPPNW-Mitglieder am Nagasaki-tag. Es sprachen Oberbürgermeister Tobias Bergmann sowie Dr. Mechthild Klungenburg-Vogel

Offenbach

Matthias Jochheim schilderte in seiner Rede am 6. August auf dem Offenbacher Marktplatz die grauenhaften Auswirkungen des Bombardements in Hiroshima: „Zu den geschätzt 70.000 Bewohner*innen, die sofort tot waren, kamen bis Ende des Jahres 1945 weitere 70.000. Fünf Jahre später sollten es insgesamt 200.000 werden.“ Angesichts der dramatischen Entwicklung in der Ukraine forderte Jochheim unter anderem die „Beendigung des Kriegs durch einen Waffenstillstand“ und eine „verstärkte globale Zusammenarbeit zur Rettung der Ökosphäre“.

Stuttgart

Auch Dr. Robin Maitra thematisierte den Ukrainekrieg. Die zu Eskalation des Konfliktes mit Beteiligung Russlands und zunehmend der NATO trage nicht zum Frieden bei. „77 Jahre nach Hiroshima wissen wir: Nur mit Verständigung, Verhandlungen und Abrüstung wird es uns gelingen, Kriege zu beenden und einen Atomkrieg zu verhindern.“

Viersen und Bryell

Susanne Grabenhorst thematisierte in ihrer Rede in Viersen unter anderem die Verdrängung der atomaren Gefahr – es gebe aber andere, konstruktive Möglichkeiten, mit großen Gefahren umzugehen. „So wie die humanitären Bewegungen vor uns, die Bewegungen zur Abschaffung von Sklaverei und Folter oder für Frauen- und Kinderrechte kann auch diese Bewegung unaufhaltsam werden. Gemeinsam können wir die größte akute Bedrohung für unser Überleben neben der Klimakatastrophe überwinden.“ Bei der Kundgebung im nahen Breyell teil, rief sie zusammen mit dem Bürgermeister von Nettetal Christian Küsters dazu auf, Atomwaffen zu ächten und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.



Regine Ratke ist Redakteurin des IPPNW-Forum.